

Von Verena Diener

Bunt war die Wintersession, fast wie die letzten Herbstblätter. Im Ständerat kamen zwei wichtige Vorlagen, bei denen ich in der Kommission aktiv mitgearbeitet hatte, zur Behandlung:

Zum einen die Änderungen im **Aktien- und Rechnungslegungsrecht**, wo es mir gelang, die Kommission und das Plenum zu überzeugen, dass entgegen dem bundesrätlichen Vorschlag, die kleinen Stiftungen vom komplexen neuen Recht auszunehmen sind. Der entstehende Neuaufwand war aus meiner Optik unverhältnismässig für kleine Stiftungen mit einfachen Vermögensverhältnissen und überschaubaren Buchhaltungen. Da die Stiftungsaufsicht im Einzelfall die neue Rechnungslegung bei nicht ordnungsgemässer Buchführung einverlangen kann, zeigt die getroffene Lösung das richtige Augenmass.

Zum anderen fand die Debatte zur umstrittenen **Postmarktöffnung** statt. Ich hatte in der Kommission der Liberalisierung in zwei Schritten zugestimmt. Das Sammeln von Erfahrungen und die Möglichkeit eines zweifachen Referendums sind einerseits ein Schutz für den Service public und andererseits eine schrittweise Eintrittsmöglichkeit für Konkurrenzanbieter zur Post. Eine Belebung des Postmarktes mit Augenmass. Ziel soll eine flächendeckende, gute Postversorgung für alle bleiben. Da unsere Post schon heute 20% ihres Umsatzes im Ausland macht, sollten ihr die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten nicht versagt werden. Darum stimmte ich auch der Privatisierung zu. Es gelang mir, die Kommission und das Plenum für einen Gesetzesartikel zu überzeugen, dass auch künftige technologische Übermittlungsmöglichkeiten von der Post angeboten werden können. Zudem müssen alle Postdienstleister in ihrer Jahresberichterstattung an den Bund statistische Angaben abliefern über die ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen ihrer Dienstleistungen. Mit dieser „Deklarationspflicht“ hat der Kunde und die Kundin eine Transparenz und Entscheidungshilfe, von wem sie die Dienstleistungen beziehen will.

Was ich hingegen nicht unterstützte, war die Schaffung einer Postbank. Wir haben mit den Kantonal- und Raiffeisenbanken auch in dezentralen Gebieten eine gute Abdeckung im Kredit- und Hypothekerbereich und ein neues staatliches Risiko im Bankensektor ist zum heutigen Zeitpunkt nicht angesagt.

Ein schönes Sessionsabschlussgeschenk machte mir dann noch der Nationalrat, indem er meine beiden Motionen bezüglich **Medikamentenpreise** – wie schon der Ständerat – unterstützte. So wird der Bundesrat nun verpflichtet, die Medikamentenpreise in unserem Land preisgünstiger zu gestalten und damit Einsparungen in der Grössenordnung von 400 Millionen zu erzielen. Ein Schritt in die richtige Richtung.